



"Es gibt keine Dauerfahrkarte zur Mehrheit"

SPD-Fraktionschef Alexander Reissl über die Linie der Genossen im Rathaus und das Verhältnis zu den Grünen

Alexander Reissl, 51, ist seit 2008 Vorsitzender der Rathaus-SPD.

SZ: Wie verstehen Sie sich inzwischen mit Ihren grünen Stadtratskollegen?

Alexander Reissl: Ich habe mit der grünen Fraktion immer eine gute, sachliche Ebene. Bei manchen Themen gibt es halt unterschiedliche Ansichten. Aber das haben wir in diesem Jahr abgeschlossen, mit ein, zwei kleinen Ausnahmen.

SZ: Welche sind das?

Reissl: Es geht um Stellenmehrungen. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir uns einig werden.

SZ: Wer will mehr, wer weniger Personal einstellen?

Reissl: So pauschal lässt sich das nicht sagen. Es wird zunehmend Aufgabe von uns allen im Rathaus sein, darauf zu achten, dass wir nicht noch größere Haushaltsprobleme bekommen. Solche Probleme handeln wir uns dann ein, wenn wir zum Beispiel neue Stellen schaffen. Aber es wird immer wieder Bereiche geben, wo die Stadt ohne neue Stellen ihre Aufgaben nicht erledigen kann. Wenn man Kindergärten und Kinderkrippen baut, dann braucht man auch das Personal. Und das stellen wir auch ein.

SZ: Halten Sie den rot-grünen Krach über Olympia und S-Bahn-Tunnel für wirklich ausgestanden?

Reissl: Da waren Auseinandersetzungen dabei, die es unserer Meinung nach gar nicht hätte geben müssen. Wir haben im Koalitionsvertrag die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 festgeschrieben. Natürlich haben der Oberbürgermeister und die SPD-Fraktion auf Vertragstreue gepocht - und zwar nicht aus formalen Gründen, sondern weil wir gemeinsam der Meinung waren: Diese Olympia-Bewerbung ist gut für München. Ich bin darum froh, dass es uns gelungen ist, diese Kandidatur im Stadtrat mit ganz, ganz großer Mehrheit durchzubringen. Um die S-Bahn-Stammstrecke läuft die Auseinandersetzung noch. Ich bin aber zuversichtlich, dass der Tunnel kommt, nachdem sich jetzt auch der Ministerrat dafür ausgesprochen hat.

SZ: Heißt das: Für den Ausbau der S-Bahn brauchen Sie die Grünen nicht?

Reissl: Die S-Bahn fällt doch gar nicht in die Zuständigkeit des Stadtrats. Zuständig ist der Freistaat. Darum halte ich die Auseinandersetzungen auf kommunaler Ebene für maßlos

übertrieben. Wir haben seit 2001 gesagt: Die Tunnel-Lösung ist die richtige. Und das haben auch die neuen Gutachten erwiesen.

SZ: Daran hegt auch die München-CSU Zweifel . . .

Reissl: Das sehe ich auch mit Staunen. Ich will ja nicht, dass die CSU auf SPD-Linie schwenkt. Ich wäre schon zufrieden, wenn eine Mehrheit die Voraussetzungen akzeptiert, wegen der wir eine zweite S-Bahn-Stammstrecke brauchen. Es geht darum, die störanfällige Stammstrecke zu entlasten und eine dichtere Taktfolge der Bahnen aus dem Umland zu ermöglichen. Und die Leute, die in diesen Zügen sitzen, wollen nun einmal in die Innenstadt und nicht zum Kolumbusplatz. Daran hat sich nichts geändert seit 2001, als der Stadtrat den zweiten Tunnel mit großer Mehrheit gutgeheißen hat.

SZ: Wie ist denn Ihr Verhältnis zur CSU im Augenblick?

Reissl: Ich habe mit einer ganzen Reihe von Kollegen ein ganz vernünftiges, persönliches, in dem einen oder anderen Fall auch freundschaftliches Verhältnis. Von mir wird ja oft kolportiert, ich sei immer nur streng und ruppig im Umgang mit dem grünen Koalitionspartner und der Opposition. Das ist ein völlig falsches Bild. Richtig ist, dass ich mich inhaltlich mit den Positionen der CSU wie der Grünen auseinandersetze, weil beide Parteien in meinem Verständnis vor allem politische Wettbewerber sind.

SZ: Die SPD-Fraktion war immer die Fraktion des Oberbürgermeisters. Reicht diese Rolle, um erkennbar zu bleiben?

Reissl: Das ist ein schwieriges Verhältnis. Ein Oberbürgermeister hat ja schon qua Amt die besten Möglichkeiten, die Politik der Stadt zu bestimmen - erst recht eine Persönlichkeit wie Christian Ude, der ganz bewusst und offensiv in der Öffentlichkeit agiert. Für Sozialdemokraten hinter dem OB wird es daneben schwieriger, sich öffentliches Gehör zu verschaffen. Das sieht man an der Bürgermeisterin, die natürlich oft weniger Aufmerksamkeit genießt als der OB. Dasselbe gilt für die Fraktion, die mit und neben dem Oberbürgermeister bestehen muss. Sie kann nicht gegen ihn bestehen. Es wäre ein Leichtes, mit ihm den einen oder anderen Streit vom Zaun zu brechen, um den eigenen Bekanntheitsgrad zu steigern, aber strategisch hätte das keinen Sinn - zumal es politische Meinungsverschiedenheiten zwischen dem OB und der Fraktion gar nicht gibt.

SZ: Neiden Sie den Grünen, sich in dieser Koalition offensichtlich die größeren Freiheiten herausnehmen zu dürfen?

Reissl: Ich neide es nicht, ich beobachte es und finde es schwierig. Das Rollenverständnis der Grünen wird immer ein anderes sein als das der SPD. Es gibt einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister, es gibt eine starke sozialdemokratische Fraktion, und es gibt den Koalitionspartner, der nicht in einer so stark ausgeprägten Solidaritätssituation steht wie wir. Das ist nicht immer einfach.

SZ: Was bedeuten die Wahniederlagen der SPD für Ihre Arbeit im Stadtrat?

Reissl: Den Kollegen ist bewusst geworden, dass es keine Dauerfahrkarte für die SPD zur Ratsmehrheit gibt. Wir sind aber überzeugt, dass das, was wir kommunalpolitisch gemacht haben, erfolgreich war. Und wir denken auch, dass es eine ganze Reihe von politischen Themen gibt, wo die München-SPD als Kommunalpartei im Gegensatz zur Bundes-SPD halt schon noch ein klar erkennbares Profil hat. Wir sind eben nicht im Wahlkampfrythmus mal in die eine, mal in die andere Richtung gelaufen. Wir haben nicht, als es in anderen Städten in war, kommunale Betriebe verkauft. Wir haben, wenn es ums Sparen ging, nicht nach Stoiber-Manier alle vor den Kopf gestoßen. Wir wollen, auch wenn es schwieriger wird, nicht die soziale Landschaft zerstören. Wir sind im Rathaus einen geradlinigen Weg gegangen.

SZ: Wie wollen Sie denn in Zeiten leerer Stadtkassen soziale Kontur zeigen?

Reissl: Wir nehmen beim Sparen den Bereich Bildung und Kinderbetreuung aus. Wir werden zwar die Organisation des Schulreferats auf Effizienz überprüfen, aber die Bevölkerung erwartet mit Recht den massiven Ausbau der Kinderbetreuung. Wir wollen auch das, was wir über Jahre im sozialen Bereich aufgebaut haben, nicht ohne Not opfern. Nur wenn wir wirklich müssen, werden wir da rangehen, aber mit großer Vorsicht.

SZ: Das sind die beiden größten Blöcke im Haushalt. Was bleibt?

Reissl: Wir untersuchen gerade, wo wir Standards absenken können. Ich bin noch unsicher, wie es dann weitergehen wird. Momentan sieht es so aus, dass es im Rahmen der Haushaltskonsolidierung pauschale Kürzungen für die einzelnen Referate geben könnte.

SZ: Wann sollte die SPD ihren OB-Kandidaten benennen?

Reissl: Es macht keinen Sinn, jemanden vier Jahre vor der OB-Wahl auszurufen, weil dieser arme Mensch sich in dieser langen Zeit völlig verlaufen kann. Es macht aber auch keinen Sinn, es erst drei oder sechs Monate vor der Wahl zu machen. Irgendwo dazwischen wird es einen vernünftigen Zeitpunkt geben. Das wird von der Person abhängen, auf die es zuläuft. Wir werden zunächst die Chancen und Risiken jedes möglichen Kandidaten und jeder möglichen Kandidatin abwägen müssen. Irgendwelche Erstzugriffsrechte gibt es dabei aber nicht.

SZ: Ein solches Recht hat Parteichef Hans-Ulrich Pfaffmann beansprucht.

Reissl: Das hat auch viele verwundert.

SZ: Wäre eine innerparteiliche Urwahl sinnvoll?

Reissl: Ich will nicht verhehlen, dass ich kein glühender Anhänger solcher Verfahren bin. Für einen OB-Kandidaten wäre es keine gute Ausgangsposition, wenn er mit dem Makel ins Rennen ginge, dass nur 40 Prozent der Mitglieder ihn unter mehreren Bewerbern ausgesucht hätten.

SZ: Wie groß ist Ihre Lust, als OB-Kandidat in den Wettbewerb zu steigen?

Reissl: Das müssen Sie den OB-Kandidaten oder die Kandidatin fragen, wenn er oder sie feststeht.

Interview: Jan Bielicki, Berthold Neff

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.301, Donnerstag, den 31. Dezember 2009 , Seite 56

Fenster schließen ✖